

# Kollektivismus

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 4. November 1931

Nummer 88

### Die deutsche Wirtschaftslage

Die deutsche Industrieproduktion ist gegenwärtig auf den Stand der Jahrhundertwende zurückgeworfen. Der augenblicklich erreichte Tiefpunkt der Produktion liegt weit unter dem der Krise der Jahre 1925/26. Nach dem sechsen veröffentlichten Bericht des Instituts für Konjunkturforschung ist der Index der Produktion wichtiger Industriezweige (1928 = 100) auf 68,1 gesunken. Allein von April bis August d. J. sank der industrielle Produktionsindex von 76,3 auf 68,1, also um 8,2 Punkte. Ende September waren nach der Statistik der Gewerkschaften von 100 Gewerkschaftsmitgliedern 35,5 arbeitslos, gegen 22,8 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die bereits im Spätsommer einsetzende Zunahme der Arbeitslosigkeit zeigt deutlich, daß es sich um einen weiteren konjunkturellen Rückgang der Beschäftigung handelt, der lediglich im Frühjahr durch eine vorübergehende Entlastung des Arbeitsmarktes unterbrochen wurde. D. h. gegenwärtige Arbeitslosigkeit liegt mit rund 4,5 Millionen Arbeitslosen um 1,4 Millionen über dem Stand des Vorj. hrs.

Besonders stark verschlechterte sich die Wirtschaftslage in den Eisen- und Stahlindustrien. Der Auftragsbestand in der Eisen- und Stahlindustrie betrug am 30. September d. J. nur noch knapp 41 Proz. des Auftragsbestandes im Monatsdurchschnitt des vergangenen Jahres. Die Produktion an Roheisen ist gegen das Vorjahr um 38 Proz., die an Rohstahl um 33 Proz. abgesunken. Gegenüber dem Frühjahr ging die arbeitsmäßige Roheisenerzeugung um 18 Proz., die Stahlerzeugung sogar um 27 Proz. zurück. In absoluten Zahlen ausgedrückt sank die arbeitsmäßige Roheisenerzeugung im September auf 14 000 Tonnen, gegen 21 800 Tonnen im Vorjahr, die Rohstahlerzeugung auf 22 800 Tonnen, gegen 31 300 Tonnen zur gleichen Zeit des Vorjahres. Man muß auf die Zeiten kurz nach der Inflation und nach dem Ruhestrieg zurückgehen, um niedrigere Produktionsziffern als gegenwärtig zu finden. Eine gewisse Beschäftigung der Werke wird gegenwärtig fast ausschließlich durch Vorwegnahme von Reichsbahnaufträgen an Schienen und andern Eisenbahnmateriale für das Jahr 1932 erreicht. Verhandlungen mit Ausland über neue Bestellungen hatten bisher keinen handgreiflichen Erfolg. Der Gesamtabsatz des Steinkohlenbergbaus hat im September den niedrigen Stand der beiden letzten Monate kaum überschritten. Er stellte sich für das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat im September auf arbeitsmäßig 184 000 Tonnen, gegen 182 600 Tonnen im August. In der Woche vom 4. bis 10. Oktober mußten die eingelegten Feiertage erhöht werden, trotzdem die Ruhrkohlenförderung gegenüber der Vorwoche anstieg. Die Halbenbestände der Ruhrkohlenindustrie hielten sich mit 10,23 Millionen Tonnen auf einer Höhe, die gegenüber den Vormonaten nur geringe Veränderungen aufwies. Auch die Lage der Maschinenindustrie hat sich weiter verschlechtert. Die Auslandsaufträge, die in letzter Zeit fast zwei Drittel aller Aufträge ausmachten, gingen stark zurück und bewegen sich gegenwärtig wieder auf dem Stand vom März d. J. Die Produktionskapazität der deutschen Maschinenindustrie wird durchschnittlich nur noch zu 41 Proz. ausgenutzt. Trostlos ist die Lage der Bauwirtschaft. Die Zahl der Baugenehmigungen liegt gegenwärtig um 31,9 Proz., die Zahl der Baubeginne um 44,4 Proz., und die der Bauvollendungen um 40,5 Proz., unter der der gleichen Zeit des Vorjahres. Dementsprechend betrug die Ausnutzung der Betriebe in den Baustoffindustrien nur noch 22 Proz. Die Schwierigkeiten der Finanzierung von Bauvorhaben haben erheblich zugenommen. Selbst der Markt für erste Hypotheken verengte sich mehr und mehr, die Beschaffung von zweiten Hypotheken wird fast zur Unmöglichkeit. Nach der Gewerkschaftsstatistik sind mehr als zwei Drittel der Bauarbeiter gegenwärtig arbeitslos.

Der deutsche Ausfuhrüberschuss, der bereits in den letzten Monaten eine Rekordhöhe erreicht hatte, hat im September eine weitere Zunahme erfahren. Er liegt mit 387 Millionen um 40 Millionen über dem Ausfuhrüberschuss des Monats August. Mengenmäßig übertrifft die deutsche Septemberausfuhr die des Vormonats um 10 Proz., was weit über das saisonmäßig zu erwartende Maß der Ausfuhrübersteigerung hinausgeht. Die Zunahme entfällt vor allem auf die Fertigwarenexporte, die um 30 Millionen ansteigen konnte. In Eisenwaren wurden für 13 Millionen, an Textilien für 11 Millionen mehr abgesetzt als im Vormonat. Der Einfuhrüberschuss, der in

erster Linie der hohe Ausfuhrüberschuss zuzuschreiben ist, hielt auch im September an. Einen besonders starken Rückgang in Höhe von 16 Millionen wies die Rohstoffeinfuhr ab, was einem prozentualen Rückgang von 6,5 Proz. der Gesamtrohstoffeinfuhr entspricht und deutlich den zunehmenden Schrumpfungstendenz der deutschen Industriewirtschaft kennzeichnet. Insgesamt betrug im Monat September die deutsche Ausfuhr 835 Millionen, die Einfuhr 448 Millionen. Für die ersten neun Monate betrug der deutsche Exportüberschuss 1982 Millionen Mark, also das Doppelte des Vorjahresergebnisses in Höhe von 984 Millionen Mark. Die Schrumpfung der inländischen Kaufkraft erzwingt eine fortgeschrittene Drosselung der Einfuhr, macht andererseits die Ausnutzung jeder Abnahmelmöglichkeit im Ausland zur Notwendigkeit. Der Export deutscher Fertigwaren ist seit 1929 wertmäßig nur um 25 Proz. gesunken, bleibt also der Menge nach ungefähr der Weltwirtschaftskrise sehr umfangreich. Die Loslösung des Pfundsterkes und anderer Währungen von der Goldparität wird jedoch die Industrien zahlreicher Länder in die Lage versetzen, die deutschen Angebote zu unterbieten und so die deutschen Exportmöglichkeiten erschweren. Es ist deshalb zweifelhaft, ob auf die Dauer die großen Ausfuhrüberschüsse der letzten Monate beibehalten werden können.

Trotz der günstigen Entwicklung des deutschen Außenhandels hat sich die Gold- und Devisenlage der Reichsbank erheblich verschlechtert. Allein die letzte Septemberwoche und die beiden ersten Oktoberwochen brachten der Reichsbank einen Devisenverlust in Höhe von 434 Millionen Mark, so daß die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank sehr stark sanken. Der Anlauf an Reichsbanknoten war am 15. Oktober d. J. nur noch zu 28,6 Proz. durch Gold und Devisen gedeckt. Zweifelslos sind die Devisenverluste der Reichsbank vornehmlich die Folge einer Währungsangst, die manche Kapitalisten dazu veranlaßte, trotz der scharfen Vorschriften der Devisennotverordnung die erzielten Exportbestände nicht an die Reichsbank abzuliefern. Es ist daher von der Reichsbank beabsichtigt, jeder Firma, die gegen die Devisenablieferungspflicht verstößt, unangekündigt die Kredite zu verweigern, indem die Reichsbank den Kauf von Wechseln ablehnt, auf dem die Interessent einer Firma steht, die ihre Exportbestände nicht oder allzu säumig ablieferete. Die Antikündigung dieser energischen Maßnahme seitens der Reichsbank hat bereits einen gewissen Erfolg erzielt. Die Zugänge an Devisen dürften in der dritten Oktoberwoche etwa den Devisenanforderungen entsprechen haben.

Erfreulich sind die guten Ergebnisse, die bisher die Reichsbank an der letzten Zeit. Die auf Grund der Steueramnestie vornehmlich aus Kapitalfluchtmitteln gekennzeichneten Beträge dürften eine Anleihe von etwa 200 Millionen Mark ergeben. Das gute Ergebnis dieser Anleihe wird zum Teil mit darauf zurückzuführen sein, daß die Erschütterungen, die in der letzten Zeit eine Reihe von fremden Währungen aufwiesen, die Rückkehr zur deutschen Mark erleichterten. Bestimmungsgemäß soll der Betrag der Reichsbankanleihe für ein zufälliges Arbeitsbeschaffungsprogramm durch Reichsbahnaufträge Verwendung finden. Die konjunkturellen Wirkungen des dadurch ermöglichten Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsbank dürfen nicht überschätzt werden. Der Weg aus der Wirtschaftskrise erfordert starke Änderungen der Wirtschaft, und die Anturbelung von Produktion und Absatz ist heute in erster Linie ein Problem der Wirtschaftspolitik. Darum kommt dem Wirtschaftsprgramm der Reichsbank eine grundlegende Bedeutung zu. Die Auseinandersetzungen zwischen den großen Wirtschaftsgruppen, die zwecks Aufstellung dieses Wirtschaftsprogramms im Wirtschaftsbeirat der Reichsbank begonnen haben, berechtigen allerdings vorläufig zu keinen großen Hoffnungen. Wenn die Unternehmer dieses Instrument etwa dazu benutzen sollten, um mit ihm ihren Angriff auf die Tarifverträge, das staatliche Schlichtungsweisen und die staatliche Sozialpolitik zu führen, statt im Weirat Maßnahmen zu erörtern, wie durch Abbau der Lebensmittelpreise und der überhöhten Kartellpreise die Produktionskosten verbessert werden können, ist von vornherein jede Aussicht auf praktischen Erfolg verbannt. Nur eine weitgehende Unterordnung der privaten Profitinteressen unter das Allgemeininteresse, nur eine Unterstellung der Kartelle und Trusts unter die Aufsicht des Staates können Wege aus der Krise finden lassen.

### Kollektivismus - Individualismus

Bei näherer Betrachtung unserer wirtschaftspolitischen Lage kann man mit aller Deutlichkeit feststellen, daß unsere Klassengegner schon längst den Wert des engeren Zusammenschlusses erkannt und danach gehandelt haben. Unter fühner Berechnung der Vorteile haben sie sich zusammengeschlossen zu Kartellen, Kartellen, Syndikaten, Trusts oder, um den Charakter der jeweiligen Zeit zu zeigen, zu Monopolen, die national wie international für die gesamte Wirtschaft von größter Bedeutung, ja eine ausschlaggebende Stützkräft darstellen und sich wirtschaftlich zum Nachteil für die Arbeiterschaft auswirken. Durch diese Tatsache müssen wir erneut in der Erkenntnis bekräftigt werden, daß nun erst recht Zusammenschluß aller Wirtschaftigen das Gebot der Stunde sein muß, damit das Kräfteverhältnis dem gleichkommt, was Unternehmertum und Kapital uns entgegenstellen, und um den Machthabern der Wirtschaft mit aller Deutlichkeit zu zeigen, daß nicht nur sie — die Vertreter der „ererbten“ und angeblich „erarbeiteten“ Kapitalien —, sondern auch die Masse der Hand- und Kopfarbeiter ein Mitbestimmungsrecht in noch weit größerem Maße als bisher eingeräumt werden muß. Dadurch soll und wird auch die Garantie gegeben, daß, während auf der einen Seite durch Anhäufung der Kapitalien, auf der andern Seite die Erwerbslosigkeit steigt, das Chaos nicht noch vergrößert wird.

Gerade das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft (so gering es auch sein mag) ist das von unsern Klassengegnern heiligst bewachte Gebiet. Bei objektiver Betrachtung dieser Sache dürfen wir nicht verkennen, daß auch dieser — sagen wir einmal — Teilerfolg zurückzuführen ist auf die jahrelange, zielbewußte Tätigkeit der Gewerkschaften, insbesondere der freien Gewerkschaften. Hier haben sich die Massen zusammengefunden, die erkannt haben, daß der einzelne in dem gut durchorganisierten Betriebe der Kapitalistenklasse machtlos ist, während der Zusammenschluß von Interessentengruppen für sie von großem Vorteil ist. Auch in den Gewerkschaften ist der Kollektivismus in seiner Bedeutung frühzeitig als wirksames Machtmittel erkannt worden. Es soll hier nicht untersucht werden, ob stets und immer diese Macht kraftvoll eingesetzt worden ist; Tatsache aber wird immer bleiben: hätten wir keine kollektiven Arbeitsbedingungen, keinen kollektiven Lohn, keine kollektiven Tarifabschlüsse, dann stände es um den einzelnen Arbeiter in dieser Wirtschaft, wo Profitgier oberster Grundgesetz ist, verdammt schlecht.

Gehen wir auf Unternehmerseite die stetig steigende Macht und den Einfluß dieser so entwickelten Monopolkraft, so verkennen eben deren Führer das stete Wachsen und Erstarken der Gewerkschaften durchs nicht. Sie erkliden vielmehr in ihnen die Gefahr, die den Profitinteressen bestimmte Grenzen vorgreift. Deshalb der jahrelange Kampf gegen unsere wirtschaftliche Interessenvertretung, gegen unsre Gewerkschaften. Der Kampf wird heute schärfer als je geführt, und zwar unter der Losung: Lockerung des Tarifrechts, Beseitigung des starren Lohnsystems soll das Allheilmittel zur Behebung der Wirtschaftskrise sein. So paradox letzteres ist, die Unternehmer haben ja in dieser Beziehung schon Schritte unternommen und versuchen, die Staatsautorität für ihren Teilungsplan zu gewinnen.

Was bedeutet Lockerung des Tarifrechts? Nichts mehr und nichts weniger als Abschaffung von kollektiven und individuellen Arbeitsvertrag. Was das heißt, Kollegen, darüber denkt einmal nach und berückichtigt hierbei, daß unser Gewerbe zur Zeit 30 Proz. Erwerbslosigkeit aufzuweisen hat. Diese große Armee der durch Nationalisierung, Betriebsstilllegung usw. aus der Produktion ausgeschiedenen Kollegen hat sowohl auf dem tarif- wie auch lohnpolitischen Gebiet eine große Bedeutung, deren Vorteile die Unternehmer gern für sich verbuchen möchten. Dies zu vermeiden, ist die hiennebstige Tagesfrage. Andernfalls würde man uns mit Hilfe der Nazis zu Lohnsklaven, zu Kulis degradieren. Wir mühten unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse zum Lohnrücker an uns selbst und unsern Kollegen werden. Diese Maßnahme wäre der Anfang zu einem Zurückdrängen in das Zeitalter der Leibeigenschaft, in den Feudalismus.

Kollegen! Bedenkt, daß der jehige Sturm der Unternehmer gegen die Erzeugnisse der Gewerkschaften als Generalangriff zu bewerten ist, der auf der ganzen Linie

entbrengen wird, demzufolge auch von der Arbeiterschaft allgemein abgewehrt werden muß, wenn nicht schwächere Gruppen ihm zum Opfer fallen sollen. Also, hier heißt es Solidarität üben!

Was bedeuten denn weiter die Kampfansagen unfrer Gegner: Beseitigung des starren Lohnsystems oder elastischere Lohngestaltung. Diese Forderungen werden ebenfalls als Mittelmittel von hoher Warte propagiert und haben ebenfalls den Stachel der Arbeiterfeindschaft in sich, und zwar dergestalt, daß sie einen verschleierte Lohnabbau mit einer gleichzeitigen Durchbrechung der Unabhängigkeit der bisherigen Tariflöhne darstellen. Es wird bei diesem Experiment versucht, einen gewissen Prozentsatz des Tariflohns von der Unabhängigkeit loszutrennen und dabei einen Teil des Lohnes für „freie“ Vereinbarung offen zu lassen.

Jederbrückung des Kollektivlohns, wenn auch nur teilweise, bedeutet Einzellohn und später auch Einzelarbeitsvertrag. Abkehr vom Kollektivismus — Rückkehr zum Individualismus! Also, die größte Arbeitslosigkeit, das Elend der Massen benutz man, um dem noch in „Kunst“ Stehenden den Lohn zu kürzen, der zwangsläufig durch nicht anders kann, als sich die Kunst sicherzuhalten, wenn er sich nicht mit den Wegen zum Arbeitsamt „vertraut“ machen will. Und da ja eine solche Kunst immer noch „tariflich“ ist, kennt ja auch jeder die Einstellung der Arbeitsämter in dieser Beziehung zur Genüge.

Ich habe die Gefahr aufgezeigt, die diese Unternehmerrasserie in sich birgt und die dahin geht, den Tarif zu durchlöchern, und zwar auf altem Wege. Deshalb, Kollegen, in eiserner Front zusammenstehen in dieser Situation, das ist die Hauptbedingung zum erfolgreichen Gegenstoß. Alle parteipolitischen Gegensätze innerhalb unfrer Reihen sind bedeutungslos gegenüber dieser Kardinalfrage, vor die die gesamte Arbeiterschaft gestellt ist. Mit einem Schläge soll vernichtet werden, was jahrzehntelanger Aufbauarbeit bedurfte, in erbitterten Kämpfen errungen worden ist. Darum, Kollegen, geschlossene Abwehr gegen jede Tariflockerung, gegen jeden Eingriff auf Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie sich aus dem kollektiven Tarifvertrag ergeben!

E. B.

S. B.

### Der Warenverbrauch in der Wirtschaftskrise

Die sicherste Methode zur Urteilsbildung über die Zweckmäßigkeit eines Wirtschaftssystems ist der Warenverbrauch. Da die Wirtschaft für die Menschen da sein soll und nicht umgekehrt, so sollte es deren vornehmste Aufgabe sein, das Volk in möglichst auskömmlichem Maße mit Gütern zu versorgen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat einen Vorzug, nämlich die Fähigkeit, ungeachtet Reichtümerspiels zu erzeugen. Es hat eine Wirtschaftsapparatur geschaffen, die mühelos imstande wäre, alle zur Befriedigung der materiellen Lebensbedürfnisse notwendigen Güter in einer solchen Fülle zur Verfügung zu stellen, daß niemand zu hungern, frieren, schlecht zu wohnen und sich schlecht zu kleiden brauchte. Man stelle sich einmal vor, alle die brachtlegenden und gebündigten Kräfte von Maschinen und Menschen würden zur Warenproduktion angelegt, dann würde uns stündlich immer neuer Reichtum überfluten. Er ist im Augenblick schon ungeheuer groß. Es fehlt uns beinahe an nichts, unser Elend ist nur darauf zurückzuführen, daß wir von allem viel zuviel haben. Und deshalb hungern und frieren in Deutschland Hunderttausende, wenn nicht gar Millionen von Menschen. Noch mehr haufen in menschenunwürdigen Wohnungen und kleiden sich ärmlich. Es ist eben dem Kapitalismus bisher nicht gelungen, den Güterreichtum dem Menschen, der ihn erschaffen hilft, dienstbar zu machen. In Zeiten der Krise wird das in besonders auffallendem Maße sichtbar.

Das beweist besonders deutlich der rückläufige Warenverbrauch im letzten Krisenjahr. Für eine Reihe von Gütern sind uns die Verbrauchszahlen bekannt und in dem seeben erschienenen neuen Band des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich veröffentlicht. Für Getreide und Kartoffeln läuft das Verbrauchsjahr vom 1. August bis zum 31. Juli des nächsten Jahres. Während der letzten beiden Jahre wurden im Vergleich zur Vorkriegszeit an Roggen, Weizen und Kartoffeln pro Kopf der Bevölkerung folgende Mengen verbraucht:

	Roggen	Weizen	Kartoffeln
	kg	kg	kg
1913/14 . . . . .	153,1	95,8	700,2
1928/29 . . . . .	118,2	91,5	549,8
1929/30 . . . . .	109,5	89,8	531,2

Diese Aufstellung zeigt, daß sowohl der Weizen- als auch der Roggenverbrauch gegenüber dem Vorjahre nicht unerheblich zurückgegangen ist. Es ist also nicht so, daß statt der einen Getreideart die andere verbraucht, daß halt Weizengebäck Roggenbrot ersetzt wurde, sondern der Konsum im ganzen ist stark eingeschränkt worden. Hierfür gibt es gar keine andere Erklärung als die, daß unzählige Familien durch die Not gezwungen wurden, an täglichen Brot zu sparen. Zu gleicher Zeit heizte man in den Weizen bauenden Überseeländern mit diesem kostbaren Gut die Lokomotiven und ließ außerdem weitere Millionen Tonnen davon umkommen. Sogar der Kartoffelverbrauch ist in dem Krisenjahr 1929/30 zurückgegangen, so daß nicht einmal von dorther das mangelnde Brot erzeugt werden konnte.

Auch der Fleischverbrauch bewegte sich rückläufig. Im Jahre 1929 entfiel im Durchschnitt auf einen Deutschen ein Fleischverbrauch von 31,6 Kilogramm; ein Jahr später nur noch 50,5 Kilogramm. Dabei ist besonders der Verbrauch des aus dem Ausland eingeführten Fleisches zurück-

### Dein Werk, Kollege

hilfst Du fortsetzen, wenn Du gerade jetzt ein Beispiel gibst: Werde Mitglied bei der Bücher-gilde Gutenberg!

gegangen, das zwar billiger ist, aber durch handelspolitische Maßnahmen vom deutschen Markt ferngehalten wird.

Interessant ist die Bewegung im Verbrauch alkoholischer Getränke. Als Folge ergab die Verbrauchsstatistik Bier, Trunkbranntwein und Sekt. Der Verbrauch an diesen Getränken pro Kopf der Bevölkerung ist in folgender Tabelle angegeben:

	Bier	Trunkbranntwein	Sekt
	liter	liter	Flaschen
1913/14 . . . . .	102,1	2,50	0,19
1928/29 . . . . .	85,6	1,38	0,23
1929/30 . . . . .	90,0	0,75	0,15
1930/31 . . . . .	74,7	—	0,13

Für Bier und Schaumwein läuft das Verbrauchsjahr vom 1. April bis zum 31. März, während die Erhebung über den Verbrauch von Trunkbranntwein die Zeit vom 1. Oktober bis zum 30. September umschließt. Deshalb liegen für die beiden erstgenannten Sorten schon die Ergebnisse für das Jahr 1930/31 vor. Der Rückgang auf der ganzen Linie ist unverkennbar. Er ist besonders stark beim Brantweinverbrauch, was aus Gründen der Volksgesundheit nur zu begrüßen ist. Der rückläufige Bierkonsum wiederum hat seine Gründe nicht zuletzt in der deutschen Steuerpolitik. Bier und Tabak waren während der beiden letzten Jahre die Waren, durch deren Besteuerung Reich, Länder und Kommunen ihre Finanzen in Ordnung zu bringen versuchten. Der Steuerlag wurde erhöht, aber es zeigte sich zum Schrecken der Finanzminister, daß das Aufkommen aus diesen Steuern nicht nur nicht wuchs, sondern sogar erheblich zurückging. Die Massen waren nicht mehr in der Lage, die verteuerten Getränke kaufen zu können. Das zeigt obige Tabelle, neben der unsichtbarerweise auch die der Steuereinkommen steht. Es kreist eben alles um die Kaufkraft, auch die Finanzpolitik. Und wer die erstere erschlägt, wird auch auf dem zweiten Gebiet nichts Rechtes zuwege bringen. Wir hatten schon den Tabakverbrauch erwähnt. Legt man ihm den Kleinverkaufspreis, den Bandrolsenwert, zugrunde, so ergibt sich, daß von 1929/30 zu 1930/31 der Verbrauch an Zigaretten von 951 Millionen Mark auf 918 Millionen Mark und der Zigarettenkonsum von 1610 Millionen Mark auf 1480 Millionen Mark zurückgegangen ist, während der Verbrauch an Rauchtabak von 241 Millionen auf 204 Millionen Mark gestiegen ist. Hier zeigt sich der durch die Einkommensminderung bedingte Verbrauchswandel von der Zigarette und der Zigarette zum billigeren Rauchtabak.

Aber den Verbrauch von Zucker, Kaffee, Kakao und Tee unterrichtet folgende Zahlentafel. Es betrug der Verbrauch je Kopf der Bevölkerung:

	Zucker	Kaffee	Kakao	Tee	Baumwolle
	kg	kg	kg	kg	kg
1913 . . . . .	19,0	2,44	0,77	0,6	7,23
1929 . . . . .	23,9	2,24	1,20	0,9	5,34
1930 . . . . .	23,2	2,38	1,18	0,9	4,70

Deutschlands Verbrauch an Tee war stets sehr gering. Änderungen sind hier keine eingetreten, während der Kaffeeverbrauch eigenartigerweise gestiegen ist. Da der Kaffeeverbrauch durch eine einfache Division der eingeführten Mengen durch die Kopfzahl der Bevölkerung errechnet wird, so ist anzunehmen, daß der sinkende Kaffeepreis zu verhältnismäßig großen Importen angeregt hat, daß aber die eingeführten Mengen bisher nicht den Weg vom Importeur zum Konsumenten gegangen sind. Hier wird erst das laufende Jahr die erforderlichen Korrekturen der Verbrauchsstatistik bringen, was schon deshalb zu erwarten steht, weil in diesem Jahr die Kaffeefuhrung erheblich unter dem Stand des Vorjahres liegt. Der Verbrauch an Zucker und Kakao ist ebenfalls gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie bei der Baumwolle. Hier ist der Verbrauchsrückgang geradezu katastrophal, besonders dann, wenn man die Vorkriegszahlen zum Vergleich heranzieht.

Auf die Verbrauchsbewegung industrieller Güter soll hier nicht eingegangen werden, sondern es gilt nur die Feststellung zu treffen, daß im Verlauf der Wirtschaftskrise die Lebenshaltung der Massen außerordentlich stark gedrückt worden ist. Die amtliche Lohnpolitik hat einmal die Parole ausgegeben: Keine Senkung der Reallohne. Das heißt, der Lohn sollte nur in dem Ausmaße gesenkt werden, wie auch die Preise fallen würden. Nun läßt sich nicht bestreiten, daß auch der amtliche Lebenshaltungsindex etwas gefallen ist. Aber sagt denn die Verbrauchsstatistik nicht unendlich viel mehr als das Wägen der amtlichen Indezahl? Der Verbrauch an allen Gütern des täglichen Lebens ist doch nicht aus Freude an einer asketischen Lebensführung eingeschränkt worden. Nein, es war ein hartes Muß, da die Kaufkraft stärker sank als der Warenpreis. Es sollte nie vergessen werden, daß ja nicht nur der Tariflohn die Ausnahme der Kaufkraft bestimmt, sondern Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Feiertagslöhne ebenfalls sehr wichtige Faktoren bei der Einkommensbildung sind. Wenn wir aus der Krise heraus wollen, dann muß die Kaufkraft steigen. Nur dann werden sich die überfüllten Lager leeren, und die notwendig werdende Neuproduktion wird die arbeitslosen Menschen beschäftigen können. Deshalb Schluß mit der Politik des Lohnabbaues, die das namenlose Krisenelend so unendlich verschärft hat. W.

### 60 Jahre Ortsverein Silbershelm

Aus Anlaß der 60. Wiederkehr seines Gründungstages vereinigte der Ortsverein Silbershelm seine Mitglieder und auswärtige Kollegen am 10. Oktober zu einer der Zeit entsprechenden Feier im großen Saale der „Stadthalle“. Die Buchdrucker und die Wäste unfrer Altmeisters Gutenberg, auf der Bühne sinnreich angebracht, wiesen auf die Bedeutung des Tages hin. Eingeleitet wurde die Feier durch die Festouvertüre von Dorking, die von arbeitslosen Berufsmusikern gut vorgetragen wurde. Vorsitzender F r e u t e l begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen und Gäste, insbesondere unfrer Verbandstatterer, Kollegen Bruno Schweinitz (Berlin), vom Gauvorstand die Kollegen Pfingsten und Lieber, vom Lokalverein Hannover den Kollegen Lude, vom Bezirksverein Braunschw. den Kollegen Schaar, ferner den Landtagsabgeordneten Stephan sowie die Vertreter der freien Gewerkschaften. Hierauf brachte der Freie Volkshor zwei Chöre von Uffmann, „Empor zum Licht“ und „Du fernes Land“, stimmungsvooll zu Gehör. Dann stizierte Kollege S c h w e i n i t z in seiner Festrede in kurzen Strichen die Entwicklung des Ortsvereins. Er überbrachte die Glückwünsche des Verbandsvorstandes und gab dann in großen Zügen einen geschichtlichen Überblick über Werden und Wachsen des Verbandes. Der Verband könne mit Stolz zurückblicken auf seine Entwicklung. Aber diese Tage seien auch ein Warnungssignal, die Hände in den Schoß zu legen. Da das Unternehmertum sich zusammengeschlossen hat, die Sozialgesetzgebung abzubauen, müssen wir bereit sein zum Kampf. Die mit starkem Beifall aufgenommene Rede schloß mit der Aufforderung, sich aktiv an der Arbeit im Verband und für die freie Arbeiterbewegung zu beteiligen.

Nach dem Vortrag eines Musikstückes und zwei Darbietungen des Volkshors überbrachte als erster Gratulant Kollege P f i n g s t e n im Namen des Gauvorstandes die besten Wünsche für die weitere Entwicklung des Ortsvereins. Ihm folgte Kollege L i e b e vom Lokalverein Hannover und Kollege S c h a a r e vom Bezirksverein Braunschw. Für den Ortsausfluß des D D G B. sprach Genosse W e i s e, für die Partei Landtagsabgeordneter S t e p h a n. Telegraphisch und schriftlich waren noch Glückwünsche eingegangen von den Bezirksvereinen Osnabrück und Göttingen, von den Ortsvereinen Peine und Clausthal und vom Graphischen Hilfsarbeiterverband, Gau Hannover. Vertreter hatten ebenfalls die Ortsvereine Goslar, Burgdorf, Alfeld und Einbeck. Vorsitzender F r e u t e l dankte für die dargebrachten Glückwünsche und hob hervor, daß der Ortsverein auch in Zukunft im Interesse der Kollegen und der Arbeiterchaft im Rahmen des Verbandes wirken werde. Er schloß mit einem Hoch auf unfrer Verband, in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

Der erste Teil hatte damit sein Ende erreicht. Ein Tanzkränzchen hielt die Teilnehmer noch einige Stunden gemüthlich beisammen und brachte das Fest zu einem harmonischen Abschluß. In den Tanzpausen erkundeten die Turnerinnen der Freien Turn- und Sportvereinigung „Vorwärts“ mit einigen sehr gut ausgeführten Volkstänzen; auch das Quartett des Freien Volkshors enterte für gut vorgetragene Lieder reichen Beifall. Der „Volkshor“ dankte für die kostenlose Herstellung der Jubiläumsspruchschreiben auch an dieser Stelle der Dank des Ortsvereins abgestattet.

### 60 Jahre Ortsverein Guben

Zu einer seltenen Feier hatte am 17. Oktober der Ortsverein Guben seine Mitglieder und deren Angehörige sowie die Kollegen der umliegenden Ortsvereine eingeladen. Galt es doch, den Tag festlich zu begehen, an dem der Ortsverein vor 60 Jahren aus der Taufe geföhen wurde. Sind auch die jehigen schweren Zeiten gerade nicht dazu angetan, Feste zu feiern, so hatten wir uns doch davon leiten lassen, im Hinblick auf die Bedeutung eines solchen Tages im Kreise von Kollegen und Freunden einige gemüthliche Stunden zu verleben. Und man muß sagen, daß die Mitglieder des Ortsvereins fast restlos erschienen waren. Infolge der am nächsten Tage stattfindenden Herbst-Bezirksversammlung des Bezirks Frankfurt (Oder) war auch die Teilnahme der auswärtigen Kollegen sehr gut, von den zahlreich an dem Gaste gar nicht zu reden, so daß der große Saal des Festlokals die Teilnehmer kaum zu fassen vermochte. Der Festsaal war, der Würde des Tages entsprechend, nach einem Entwurf des Herrn Gewerbesochelehrers Voges dekoriert und mit Szenenbildern aus dem Buchdruckerleben ausgeschmückt. Eingeleitet wurde der Abend durch einige vortrefflich zu Gehör gebrachte Konzertstücke und einem vom Jungbuchdrucker L u d w i g vorgebrachten Prolog. Hierauf begrüßte der Vorsitzende, Kollege S c h i l d, die Gubener und auswärtigen Kollegen sowie die Gäste aus herzlichste. Anschließend hieran trug der Buchdruckerangehörige „Typographia“ Frankfurt (Oder) zwei Chorkieder vor, worauf Kollege K a r l S e l m h o l z (Berlin) als Vertreter des Verbandsvorstandes das Wort zu seiner von Begünstigung getragenen Festrede ergriß, die mit großem Beifall aufgenommen wurde. Hierauf schlossen sich dann die weiteren Begrüßungs- und Glückwünschanreden. Für den Gau überbrachte unfrer Gauvorsitzer K e i n e (Ettlin) die besten Glückwünsche. Ihm schlossen sich an für den Bezirk Cottbus Kollege U r b a n, für den Bezirk Neudamm Kollege S c h m i d t, für den Ortsverein Sommerfeld Kollege C a l l i n, für den Magistrat der Stadt Guben Stadtrat Kollege M i l l e r, für die gewerliche Fortbildungsschule Gewerbeschuldirektor S e i w e r t, für den Bildungsbund Kollege F r a n k, für die gra-

phischen Hilfsarbeiter Kollege Ziesche und für den Ortsauschuß Guben Arbeitersekretär Pechel. Außerdem waren von einigen Ortsvereinen und früheren Gubener Kollegen Glückwunschtelegramme und -schreiben eingegangen. Von den überreichten Geschenken sei nur ein Vereinsdiplom, gestiftet vom Gau Oder und dem Bezirk Frankfurt (Oder), erwähnt. Mit Dankesworten an die Spender fand der erste Teil seinen Abschluß.

Der zweite Teil der Vortragsfolge galt der Unterhaltung. Nach dem Vortrag des Florentiner Märches kam das für diesen Abend engagierte Berliner Alt-Lied Trio zu Worte, das mit seinen Vorträgen und politischen Satiren große Heiterkeitserfolge erzielte. Die erste Frauenteilung der Freien Turnerschaft verschönte den Abend durch gymnastische Übungen sowie Tänze von der Wiener Arbeiterolympiade. Die üblichen Verlosungen meist Glücksrad durften natürlich nicht fehlen, um dem Abend die richtige Note zu geben. Erst kurz nach Mitternacht kamen jung und alt dazu, das Tanzbein zu schwingen, wovon denn auch ausgiebig Gebrauch gemacht wurde. Alles in allem — es war eine schöne und würdige Feier des 60jährigen Stiftungsfestes. Allen Mitwirkenden, besonders der „Typographia“ Frankfurt (Oder), die das erste verschönern halfen, sei besonders gedankt. — Aus Anlaß des Jubiläums erschien eine inhaltlich interessante Festschrift, die von Interessenten durch den Kollegen Georg Schild, Gasstraße 15, bezogen werden kann.

### 60 Jahre Ortsverein Lahr

Am 17. Oktober feierte der Ortsverein Lahr sein 60jähriges Verbandsjubiläum in den Räumen des schön gelegenen „Volkshauses“. Wenn es auch in der heutigen Zeit der Not nicht angebracht erscheint, Feste zu feiern, so dürfte an diesem Tage doch nicht stillschweigend vorübergegangen werden; denn 60 Jahre im Dienste der Organisation und somit der Gesamtkollegenchaft fordern zum Rückblick und zur Einschulung auf. Daß man auch auswärts regen Anteil an dieser Feier nahm, bewiesen die von überallher eingelaufenen Glückwunschschreiben. Außerdem waren von Offenbürg die Kollegen Eittert und Hilsenbrand sowie von Lahr Vertreter der Gewerkschaftskartelle und fast aller größeren Organisationen erschienen. In Anbetracht der uns in beschönigtem Maße zur Verfügung stehenden Mittel wurde dieses Jubiläum nur in Form einer „Festversammlung“ begangen. Einige gut vorgelegene Konzertsätze einer Abteilung der Stadtkapelle (die Besetzung, 14 Mann, bestand fast ausschließlich aus Kollegen, die sich in ungewöhnlicher Weise für diesen Abend zur Verfügung stellten) eröffneten die Feier.

Nach einer Begrüßung durch Kollegen May, der für den leider erkrankten Vorsitzenden Keibel einspringen mußte, und nach Vortrag eines Prologs durch Präulein Bohrer hielt Gauvorsitzer Sandfort seine Festrede. Die inhaltreiche Rede ließ im Geiste die Geschehnisse vergangener Zeiten an uns vorüberziehen. Man sah das stete Ringen der Buchdrucker um Besserstellung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen und lernte daraus, daß trotz manchen Rückschlags letzten Endes der Sieg doch unser bleibt, wenn Einigkeit und Geschlossenheit unsre Reichen befähigen.

Der Ortsverein Lahr hat sich in den 60 Jahren seines Bestehens zu einem guten Glied im Verband der Deutschen Buchdrucker entwickelt. Möge er auch in Zukunft auf den seitherigen Bahnen fortfahren. Der Referent schloß seine mit großem Beifall aufgenommene Festrede mit Schillers Worten, dieselben zugleich als Mahnung an die Kollegen richtend:

Immer strebe zum Ganzen;  
Und kannst du selber kein Ganzes werden,  
Als dienendes Glied schlies an ein Ganzes dich an.

Ein nicht minder feierlicher Akt war die Ehrung unseres derzeitigen Orts- und Bezirksstärkerers Franz Schürz für seine 25jährige Funktionstätigkeit. Sind 25jährige Verbandsmittelschicht schon Anlaß zur Ehrung der Jubilare, so ist es erst recht angebracht, einen Kollegen zu ehren, der ein halbes Menschenalter seine Kraft der Organisation als Funktionär in steter opferbereiter Treue zur Verfügung stellte. Als äußeres Zeichen des Dankes galten die dem Jubilar vom Gau- und Bezirksvorsitzenden sowie von den Offenbürgern Kollegen und der Druckerpartei überreichten Geschenke. Die nebenbei von überallher eingelaufenen Glückwunschschreiben an den alten Hahnen bewiesen, daß er sich weit über die Mauern Lahrs hinaus großer Verehrung erfreuen kann.

In harmonischer Eintracht verlief die Festversammlung, und erst in vorgerückter Stunde konnte sich alt und jung trennen. Ein zwangloses Beisammensein am Sonntagmorgen vereinigte nochmals viele Kollegen im nahen Sitz. — Und wenn uns heute wieder der nimmerne Alltag in seinen Fesseln hält, so wollen wir doch nicht vergessen, daß nur Einigkeit und eiserner Wille uns einem besseren Dasein entgegenführen können.

F. D.

### Das Buchgewerbe im Ausland

Tschekoslowakei. Der vierte ordentliche Verbandstag des Verbandes der Buchdrucker in der Tschekoslowakei fand Ende September in Prag statt. Aus dem Bericht des Rechnungsführers ging hervor, daß im Verlauf der dreijährigen Berichtsperiode die Mitgliederzahl um 1027 auf 8396, also um 13 Proz., gestiegen ist, während Beiträge im dritten Jahr nur um 9 Proz. mehr als gegenüber dem ersten eingehoben wurden. Der zweimal erhöhte Verbandsbeitrag — er beträgt jetzt 8 Kr. — reichte

nicht einmal zur Deckung des Unterstützungsaufwandes, so daß nach dem Beschluß des Verbandsvorstandes die einzelnen Landesvereine zur Deckung des Defizits im Unterstützungsweisen angehalten wurden, was im abgelaufenen Jahr 563 392 Kr. ausmachte. Infolge Einführung des Gesetzes über den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System wurde diese staatliche Unterstützung um 50 Proz. erhöht und um 91 Tage auf 182 Tage verlängert; dagegen wurde die Verbandsunterstützung für Arbeitslose um jenen Betrag, um den sie vom Staat erhöht wurde, ermäßigt, dagegen von 100 auf 200 Tage erstreckt und die Karenz von 52 auf 26 Wochen herabgesetzt. Um jedoch die staatliche außerordentliche Arbeitslosen-(Krisen-)unterstützung auszuhalten zu können, wurde auch eine außerordentliche Verbandsunterstützung für Arbeitslose eingeführt, so daß der Verband im ganzen eine Arbeitslosenunterstützung für 291 Tage leistet, nach welcher Zeit die Verbandsvereine auf eigene Rechnung eine weitere Arbeitslosenunterstützung geben. Der Unterstützungsaufwand des Verbandes stieg in der Berichtsperiode von 1 698 839 Kr. auf 2 776 665 Kr., während sich die Verbandsbeiträge in der gleichen Zeit nur um etwa 300 000 Kr. erhöhten, 73 Proz. der Verbandsbeiträge verschlangen die Verbandsunterstützungen, davon die Zweifelsunterstützung 33 Proz. und die Arbeitslosenunterstützung 32 Proz. Die Staatsunterstützung für Arbeitslose nach dem Genter System betrug im Jahre 1928 388 927, 1929 540 495 und 1930 1 763 529 Kr. Für das erste Halbjahr 1931 betrug dieser Staatszuschuß bereits 1 786 715 Kr., aus welcher Summe allein schon der große Umfang der derzeitigen Krise ersichtlich ist. Das Verbandsvermögen ist in der Berichtsperiode um 920 960 auf 361 147 Kr. gesunken. Dem für unvorhergesehene Notfälle begründeten sogenannten Eisernen Fonds werden von jedem Beitrag 20 Heller zugeführt; er betrug Ende des Vorjahres 757 800 Kr. Der Besondere Zweifelsfonds, dem von jedem Beitrag 2 Kr. zugeführt werden und der für die Sicherung der erhöhten Zweifelsunterstützung geschaffen wurde, hatte Ende Juni die Höhe von 1 269 938 Kr. erreicht. Dieser Fonds besteht erst seit Ende März 1930, und die Beiträge zu diesem müssen so lange fortgesetzt werden, bis die Zinsen zur Deckung der mit der Zweifelsunterstützung verbundenen Auslagen hinreichen, das Kapital aber mindestens die Höhe von 20 Mill. Kr. erreicht hat. Aus dem Bericht ging schließlich noch hervor, daß die finanzielle Lage des Verbandes durch die Unterstützungen ihre Höchstgrenze erreicht hat und etwaige weitere Erhöhungen der Unterstützungen ausgeglichen sind. Im Gegensatz zum Verbandsvermögen hat sich das Gesamtvermögen der vier Landesvereine in der Berichtsperiode von 8 083 923 auf 13 328 058 Kr., also um 65 Proz., erhöht. Aus dem vom Verbandsobmann Nemecek erstatteten Tätigkeitsbericht des Verbandsvorstandes ist u. a. der separate Tarifabschluß der slowakischen Kollegen erwähnenswert, nach dem — wie früher schon — die Löhne auch jetzt um einige Prozent höher sind als im übrigen Verbandsgebiet. Besser geregelt als im Gele ist in der Slowakei auch die Urlaubsfrage; nach einem Jahre wird bereits eine Woche, nach drei Jahren 14 Tage Urlaub gegeben. Weiter erhalten die Kollegen der Slowakei nach diesem neuen Tarifvertrag ab 1. Januar 1932 eine erste Lohnerhöhung von 10 Kr., ab 1934 eine zweite solche. Letztlich gelang es dorfschäft, die Beurlaubung bis zum Jahre 1933 zu unterbinden, wofür freilich die über Minimum entlohnenden Kollegen auf die Lohnzulage verzichten mußten. Kollegen und Prinzipale in der Slowakei bildeten ein gemeinsames Komitee zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz, wie auch das Verbot der Beschäftigung von Lehrlingen an der Segmaschine dort durchgesetzt wurde. Ein weiteres wichtiges Abkommen besagt, daß in den tariffreien Betrieben der Slowakei nur organisierte Buchdrucker beschäftigt werden dürfen; auch ausgeschlossene oder sonst ihrer Mitgliedsrechte beim slowakischen Verein verlustig gegangene Mitglieder dürfen nicht weiter beschäftigt werden. Am zweiten Verhandlungstag hielt Verbandsobmann Nemecek ein großangelegtes Referat über „Die allgemeine Wirtschaftskrise und ihre Folgen“. Im Anschluß an dieses Referat gelangte eine Resolution über die Arbeitslosigkeit zur Annahme, in der u. a. vom Staat in dieser außerordentlichen Zeit außerordentliche, genau angegebene Maßnahmen zur Abschwächung der Arbeitslosigkeit und zur Unterstützung der Opfer der Wirtschaftskrise verlangt werden. Am Abend fand eine Versammlung der Prager Kollegen statt, in der alle ausländischen Gäste des Verbandstages das Wort ergriffen. Wohl das düsterste Bild entrollte Kollege Rauh über die Lage der Arbeiterchaft Deutschlands, von der Not der Zeit, von den Millionen Arbeitslosen, im besonderen aber von den Buchdruckern. Sein Schlußruf: „Beruhigt die Arbeitslosen nicht, auch nicht unter den größten Opfern! Es ist Selbstschuß!“, wirkte auf alle Zuhörer sehr erschütternd und nachdenklich zugleich. Der dritte Verhandlungstag brachte eingehende Berichte über die beiden Bildungsvereine, die „Typographia“ und die „Deutsche graphische Bildungsvereinigung“. Die Entschließung hierüber verlangt Vereinheitlichung der fachlichen Fortbildung der Buchdrucker und endliches Zustandekommen einer Zentralisierung der Bildungstätigkeit im Rahmen des Verbandes der Buchdrucker. Die Verbandsunterstützungen wurden im Sinne der Anträge des Verbandsvorstandes festgesetzt. So beträgt die Reiseunterstützung nach Leistung von sechs Wochenbeiträgen 8 Kr., nach 7 Wochenbeiträgen 10 Kr. täglich. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt nach 26 Wochenbeiträgen 4,50 Kr. täglich, nach 260 Wochenbeiträgen 16 Kr. täglich; in beiden Fällen auf die Dauer von 200 Tagen. Zusammen mit dem Staatsbeitrag nach dem

Genter System beträgt die Unterstützung in der Dauer von 200 Tagen nach 26 Wochenbeiträgen 18 Kr., nach 260 Wochenbeiträgen 24 Kr. täglich. Die außerordentliche Arbeitslosenunterstützung dauert 91 Tage und beträgt gemeinsam mit dem Staatsbeitrag nach 26 Wochenbeiträgen 9 Kr. täglich, nach 260 Wochenbeiträgen 16 Kr. täglich. Die Zweifelsunterstützung des Verbandes steigt von 180 Kr. monatlich bei 200 Wochenbeiträgen bis auf 450 Kr. bei 2600 Wochenbeiträgen. Der Verbandsbeitrag beträgt auch weiterhin 8 Kr. Ein Antrag, der die Einstellung der Lehrlingsaufnahme auf mindestens zwei bis drei Jahre verlangte, wurde durch eine Erklärung erledigt, nach der der Verbandsvorstand schon in der letzten Tarifantschließung einen dahingehenden Antrag gestellt habe, der dem Verband der graphischen Gremien zur Entscheidung übermittelt wurde. Der vierte und letzte Verhandlungstag brachte die verschiedenen Wahlen; zum Obmann des Verbandsvorstandes wurde wiederum Kollege Wenzel Nemecek gewählt.

### Korrespondenzen

Augsburg. Unsere Versammlung am 3. Oktober hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Die Ehrung des Kollegen Christian Laß anlässlich seines 50jährigen Verbandsjubiläums wurde durch ein Lied des Buchdruckerchor eingeleitet. In herzlichen Worten dankte Vorsitzender Stier dem Jubilar für seine dem Verband gehaltene Treue, wünschte ihm einen gesunden Lebensabend und übermittelte ihm das übliche Verbands- und Gau-geschenk. Im Anschluß daran wurde das Andenken zweier verstorbenen Kollegen geehrt. Nach Erledigung mehrerer Aufnahmen berichtigte Kollege Stier von der Vorländerkonferenz in München, die sich vornehmlich mit den schwerwiegenden Beschüssen der kurz vorüber abgehaltenen Gauvorsitzerkonferenz beschäftigte. Es wurde lebhaft debattiert, daß die mangelhafte Mitgliedsliste und die immer größer werdende Arbeitslosigkeit sich weitgehend Herabsetzung der Unterstützungen notwendig machte. Mit Entschloßung wurde davon Kenntnis genommen, daß die Unternehmer in der gegenwärtig schlechten Wirtschaftslage, unter der fast alle Arbeiter schon seit vielen Monaten schwer zu leiden haben, jetzt die Zeit für gesunden Ermessen, auch noch gegen die bestehenden tariflichen Einrichtungen anzukämpfen. Zum Schluß verlief ein Antrag auf materielle Unterstützung aus der Ortskasse an das Arbeitsamt für die Stadt Augsburg zur Erziehung von Franzosen für arbeitslose Buchdrucker in den kommenden Wintermonaten der Abwehlung.

Bremen. (Korrektoren). Unsere gut besuchte Versammlung am 4. Oktober beschäftigte sich u. a. auch mit der beabsichtigten Einführung der Kleinschreibung. Es wurde die Antwort auf die Entgegung des Kollegen Grunewald in den „Nachrichten der Zentralkommission“ verlesen und in der Aussprache zum Ausdruck gebracht, daß der Korrekturenverein „Nordwest“ diese guttaunagelorthographie ablehnt. Es wurde erwähnt, daß gerade die Lehrer, die heute die Buchdrucker mit einer Neuerung beglücken wollen, die ersten waren, die sich über den Naturapostel guttaunagel und seine Schreibweise am meisten aufregten. Folgende Entschloßung wurde einstimmig angenommen: „Die am 4. Oktober im Vereinshaus tagende Versammlung der Mitglieder des Korrektorenvereins „Nordwest“ nahm u. a. Stellung zur Kleinschreibung und erklärte sich dabei in vollem Umfang einverstanden mit der Stellungnahme des Kollegen Schröder (Hannover) bzw. des dortigen Korrektorenvereins. Sie kann den Standpunkt der Zentralkommission in dieser Sache nicht teilen und erwartet von ihr in Zukunft etwas weniger Förderung dieser in die augenblickliche Zeit wenig passenden Strömung. Unser Standpunkt ist auch weiterhin der, daß wir einer Verbesserung der jetzigen Schreibweise das Wort reden, uns aber ganz entschieden gegen eine Einführung der absoluten Kleinschreibung erklären.“

Darmstadt. Am 4. Oktober hielt unser Bezirksvorsitzender eine gut besuchte Versammlung ab. Bezirksvorsitzender Bolckart begrüßte die Erschienenen und hat die Betranntensteuete um ihre Unterstützung bei der Lohnstatistik. Ebenfalls wurde bekanntgegeben, daß bei der letzten abgehaltenen Bezirksstassenkonferenz durch den Gau-tastierer unsern Bezirksstärkerer Kollegen Schardt die mitergänzte und zufriedenstellende Auslieferung bewerkstelligt wurde. Zwei Aufnahmen bzw. Übertritte aus der Lehrlingsorganisation wurden vollzogen. Einstimmig wurden zwei junge Kollegen ausgeschlossen, die trotz wiederholter Mahnung ihrer Beitragsregelung nicht nachkamen. Um den Gewohnhilfsreferenten ihr verwerfliches Handeln anzuprangern, sieht sich der Bezirksvorsitzende genötigt, für die Zukunft die Betreffenden in den Bezirkszirkularen zu veröffentlichen. Alsdann berichtete Kollege Bolckart über die Bezirksreferentenkonferenz in Mannheim. Ausgehend von den einschneidenden Maßnahmen der letzten Unterstützungsüberhebung, bedingt durch die katastrophale Lage, erläuterte er eingehend an Hand von Beispielen, daß diese Regelung zwangsläufig durchgeföhrt werden mußte. Denn gerade das dritte Quartal bewies drastisch, daß die finanziellen Auswirkungen einer sofortigen Abstellung bedürften. Wenn auch der Zeitpunkt eines zögernden Bestehens akat sei, so dürfte sich doch der Deutsche Buchdrucker-Verein verrechnet haben, und mit ihm die gesamte Unternehmerchaft, die gerade die Zeit für gekommen erachtet, der neuen Lohnabwawelle zum Siege zu verhelfen. Mit dem Appell, alles daran zu setzen, um unsere Organisation über die äußerst schwere Zeit hinwegzuführen, schloß der Berichtstastierer seine Ausführungen. Charakteristisch waren die Ausführungen des Kollegen Kies in der Distinktion, indem er unsere Organisation als Unterstützungsverein bezeichnete und eine Kampfbewegung forderte. In gleichem Atemzug aber forderte er in einem Antrag, die alten Unterstützungen beibehalten. Dank der Besonnenheit wurde dieser Antrag jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Die weitere Aussprache berührte die Durchführung der Wertzigungswoche mit unbedingtem Einstellungszwang, die Förderung einer Reform aller Unterstützungsweige zugunsten der Krisen- und

Wohlfahrtsempfänger. Im Schlußwort stellte Kollege B o l k e r mehrere Diskussionsunebenheiten richtig. Unserm Bezirksflorier wurde alsbald einstimmig Entlastung erteilt für die Abrechnungen vom zweiten und dritten Quartal sowie vom Johannisfest.

Dresden. (Handl. e.) Unsre Versammlung am 3. Oktober erzeute sich eines guten Besuchs. Die Anwesenden ehrten im stillen Gedenken zwei verstorbene Mitglieder. Dem Kollegen Artur W i n k l e r, der Gründungsmitglied ist und längere Zeit Vorstandsmitglied war, wurden zu seinem 50jährigen Jubiläum die besten Wünsche übermittelt. Vorstehender S o f f m a n n erläuterte unter „Mitteilungen“ einige Arbeitsgerichtsurlaube und strittige Entscheidungen aus dem Tarif. In seinem Vortrag „Warum Handl. e. und Bildungsverband?“ verstand er es vortrefflich, sich mit den Gegnern der Sparte auseinanderzusetzen. Eine zentrale Regelung wäre nach seiner Ansicht möglich durch Umgestaltung des Bildungsverbandes. Solange dies nicht der Fall sei, ist aber die Handl. e. Sparte eine Notwendigkeit. Der Weisfall und die rege Aussprache zeigten Einmütigkeit mit den Ausführungen des Vortragenden. Im Schlußwort ermahnte Kollege S o f f m a n n n weiterhin zu regem Versammlungsbefuch und forderte zur Werbung neuer Mitglieder auf. Unter „Verschiedenem“ wurde u. a. auf die nächsten Berufsanstellungen hingewiesen. Im November soll eine Besichtigung unsres „größten Feindes“, der „Audwos-Schmalzfabrik“, stattfinden. Ort und Datum werden noch bekanntgegeben. Kollege G u h l e wird uns im Dezember einen Vortrag halten über „Das Problem der Ehe“. Hierzu werden auch die Damen herzlich eingeladen. Mit dem Hinweis, daß unsre arbeitslosen Mitglieder dieses Jahr eine Weihnachtsgabe bekommen, wurde die harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen.

Greifswald. Zu der am 11. Oktober hier abgehaltenen Bezirksversammlung hatten sich die Kollegen recht zahlreich eingefunden. Waren doch von 270 Kollegen im Bezirk 184 erschienen, und zwar aus Anklam 5, Greifswald 50, Grimmen 10, Kolzig 2, Parth 2, Demmin 10, Putbus 6, Stralsund 6, Swinemünde 17, Scharhörn 1, Ahrenshoop 1, Wolgast einer, Torgelow und Ribbenberg waren nicht vertreten. Bezirksvorsitzender W a n k e begrüßte die Versammelten und insbesondere noch den Verbandssekretär Höhne (Berlin), unsern Gauvorsteher Reinkne (Stettin), den Gauvorsitzenden der Hilfsarbeiter Stichert (Stettin) und den Vertreter des Ortsausschusses Greifswald W i e l. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Es ist daraus erwähnt, daß es auch in unserm Bezirk nicht ruhig aussieht. Alleral Entlastungen und Kurzarbeit. Ein Drittel der Kollegen ist schon arbeitslos, und ein Drittel arbeitet verkrüppelt. Auch wurde in einigen Betrieben versucht, die Arbeitslosenbegahlung bzw. bisher gewährten Ferienurlaub abzubauen, was aber glücklicherweise abgewehrt werden konnte. Auch die Überführung der Belegschaften wurde hier und da noch versucht, jedoch auf dem Klageweg abgewehrt. Der Kassienbericht lag gedruckt vor und wies einen Bestand von 1210 M. auf. Den Bericht der Belegungsabteilung, der 69 Lehrlinge in 13 Orten angefaßt hat, gab Kollege P o i s c h e e g. Dem Gesamtverband wurde hierauf Entlastung erteilt. Nacheinander referierte Kollege S o f f m a n n über das Thema „Gewerkschaftliche Zeitschriften“. Ausgehend von der Wirtschaftskrise in den anderen Staaten, ging er über zu der Lage in unserm eignen Gewerbe. Eingehend besprach er die Arbeitslosigkeit, hervorgerufen durch die fortschreitende Technik, Rationalisierung und nicht zuletzt durch die Geldknappheit. Auch die Einführung der Vierzigstundenswoche, die Vertragserhöhung, die Verabreichung der Arbeitslosen- und Sozialunterstützungen sowie die letzten Notverordnungen wurden erschöpfend behandelt. Mit Weisfall wurden die interessanten Ausführungen belohnt. Die sich anschließende recht rege Debatte fand ihren Ausklang in folgender Entscheidung: „Die Bezirksversammlung des Bezirks Greifswald verlangt vom Verbandsvorstand, daß er mit allen Mitteln verhindert, daß uns durch Notverordnung das Tarifrecht angetastet oder genommen wird. Gleichzeitig find wir der Ansicht, daß eine Tolerierung der Regierung Brüning durch die SPD. und den DGB. für uns untragbar ist.“ Ein Antrag Swinemünde, der sich mit einer Sperrung der Belegungsabteilung befaßt, wurde dem Verbandsvorstand überwießen. Bei der dann folgenden Wahl des Bezirksvorstandes wurde der bisherige per Affirmation wiedergewählt. Der Beitrag sowie die Einschickung der Bezirksvorstandsmitglieder bleibt wie bisher. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Greifswald oder Stralsund dem Vorstand zur Entscheidung überlassen. Aus der Bezirksliste wurde den Teilnehmern das Reisegeld sowie jedem anwesenden Arbeitslosen 3 M. bewilligt.

Sauneeer. In unserm auf besuchten Versammlung am 29. September erstattete unser Gauvorsteher F i n g e r t e n, nachdem die totalen Angelegenheiten erledigt worden waren, Bericht von der Gauvorsteherkonferenz. Der Referent behandelte zunächst die Ereignisse, die seit der letzten Beitragsfälligkeit durch die derzeitige Gauvorsteherkonferenz eingetreten sind. Waren im Juni Anklam zur Besetzung im Wirtschaftsleben vorhanden, die auf ein langames Hinziehen der Beschäftigungsziffer hoffen ließen, so sei durch die dann eingetretenen katastrophalen Zusammenbrüche, wie Nordwolle, Danabank usw., jede Hoffnung auf eine Besserung zerstört worden. Die durch alle diese Vorkommnisse in Deutschland im Auslande bestehende Vertrauenskrise sei naturgemäß noch verschärft. Die Massenlosigkeit durch die Notverordnung vom 5. Juni sei auch nicht infolge gewesen, das Chaos, in welches wir hineingelassen, hinfanzufassen. Deutschland liege auf einem Pulverfaß, und kein Mensch könne sagen, wie sich das Wirtschaftsgeschehen im kommenden Winter gestalten werde. Auch wie sich die Weltwirtschaft infolge der Aufhebung der Goldwährung in England und den skandinavischen Ländern entwickle, sei nicht vorzusagen. Also Unsicherheit, wohin man blicke. Daß nicht schwarze Zeit, die das arbeitende Volk Deutschlands durchzumachen habe, nun von den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse nicht ungenutzt gelassen werde, verheißt sich von selbst. Der Referent behandelte sodann die verschiedenen sowohl vom Reichsanwalt Brünning, wie die vom Arbeitsminister Stegerwald gehaltenen Reden, die bald so oder so aus-

fielen, je nachdem, vor welchem Forum sie gehalten wurden. Den Gipfel der Schamlosigkeit erklime jedoch die Großindustrie, indem sie in einer Denkschrift an die Regierung Forderungen aufstelle, die nicht nur eine Beseitigung der Tarifverträge, sondern auch die erzwingenden sozialen Gesetze für die Arbeiterklasse illusorisch machen sollen. Daneben werde die Verdrummung der Massen im großen Stil und mit ungeheuren Geldmitteln betrieben, wie die Großindustrie „Warum arbeitslos?“ beweise, in der den indifferenten Massen plausibel gemacht werden solle, daß geringere Entlohnung die Arbeitslosigkeit beheben werde. Daß die Kommunisten diese Zeit benutzen, um Wirrwarr in die Reihen auch unsrer Kollegen zu tragen, beweise der verbreitete ausgemachte Schwundel, daß Millionen von unsern Verbandsgebern verpekuliert seien. Von all den Vorkommnissen, wie sie in den letzten Monaten zutage getreten sind, habe sich die Gauvorsteherkonferenz leiten lassen, als sie glaube, einer neuen Belastung durch Erhöhung der Beiträge nicht zustimmen zu können, sondern schweren Herzens an die Reduzierung der Unterstützungsfälle heranzugehen mußte, wobei allerdings noch zu bemerken sei, daß keine Gewerkschaft solche hohen Sätze als auch eine solch lange Bezugsdauer aufzumeinen habe. Die Hamburger Wahlen, als auch die sonstigen Vorkommnisse hätten bewiesen, daß eine große Zahl Arbeiter noch nicht begreife, um was es gehe; für uns komme es darauf an, die Organisation intakt zu halten und Einigkeit sei das Gebot der Stunde. In der anschließenden lebhaften Aussprache kam der Unmut mit den von der Regierung Brüning geschaffenen Notverordnungen spontan zum Ausdruck, diese seien nur dazu da, die arbeitende Bevölkerung bis zum Selbsttode zu belasten, ohne den Arbeitslosen zu helfen. Diese Regierung dürfe wegen ihrer Arbeiterfeindschaft von den Gewerkschaften nicht toleriert werden. Eine Anzahl Redner trat auch dafür ein, daß die noch im Erwerbsleben stehenden Kollegen weitere Opfer in bezug auf Erhöhung der Beiträge bringen würden und dieses lieber in Kauf genommen hätten, als daß den Erwerbslosen ihre ohnehin fargen Bezüge noch beschnitten würden.

Koblenz. In unserm letzten Versammlung wurde zur Kündigung des Lohntarifs Stellung genommen. Folgende Entscheidung fand einstimmige Annahme: „Durch die Ausgabe Nr. 84 des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ erhielten wir Kenntnis von der Kündigung des Lohntarifs seitens des Deutschen Buchdrucker-Vereins. In einer Erklärung zu dieser Bekanntgabe wird gesagt, daß die gesamte Kollegenchaft dies wie einen Feilschrieb empfinden werde. Dies ist aber nicht nur ein Feilschrieb, sondern eine Kriegserklärung. Wir nehmen diese Kriegserklärung an. Wir sind uns bewußt, daß wir in diesem Kampf gewaltige Opfer bringen müssen. Wir sind bereit, unsere Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit mit einem erträglichen Lohnausgleich, zur Behebung der entsetzlichen Not der Erwerbslosen gedacht, findet in der Kündigung des Lohntarifs die höhnlichste Beantwortung. Das Unternehmertum glaubt aber gerade in der großen Arbeitslosigkeit seine stärkste Waffe zu erheben. Es wird sich gefaßt haben. Die Erwerbslosen Kollegen gehen vollständig einig mit den Kollegen, die noch in den Betrieben sind. Auch die nun an Not und Elend sehr vieles getragen, werden auch die neuen Opfer tapfer ausnehmen. Auch sie wissen, daß es ein Kampf um Sein oder Nichtsein ist. Denn bis zum heutigen Tage hat das Unternehmertum nichts für die Erwerbslosen getan, die Kollegenchaft ist bis zur Grenze des Möglichen gegangen. Aus dem Kampfmittel gehoren, fordern wir von unsern Vertretern, kein Nachgeben und Wanken bei der Verteidigung unsrer gerechten Forderungen. Vom Reichsarbeitsminister erwarten wir, daß er seinem Schiedspruch keine Zustimmung gibt, den wir annehmen nicht in der Lage sind. Diese Kündigung des Lohntarifs wird die Gehilfen nur noch fester zusammenschließen. Sie kennen den Willen und den Weg des Unternehmertums. Harzburg hat auch dem Letzten die Augen geöffnet. Wir sind bereit!“

Koburg. Unser Ortsverein kann sich in diesem Jahr besonders gut belagter Versammlungen erfreuen. Die wirtschaftliche Not weckt selbst den lauesten Kollegen aus seiner Gleichgültigkeit und zeigt ihm den Weg in die Zukunft. Am 29. September stand der Bericht von der Gauvorsteherkonferenz sowie der der Bezirksvorsitzendenkonferenz in Weimar auf der Tagesordnung. Vorstehender S o m m e r s t e i n sowie Kassierer S e i g e r gaben ein anschauliches Bild von den Notwendigkeiten der neuen Maßnahmen des Verbandsvorstandes. Wenn auch mit nicht besonderer Freude, ließen sich die Kollegen doch von der Tatsache leiten, daß die Wege unsrer obersten Leitung doch die richtigen seien. Der Ortsverein Koburg ist der Meinung, daß die statutarisch verankerten Rechte der Mitglieder gewahrt werden müssen, und daß nach diesen Kriterien bei geschlossenem, einmütigem Zusammenstehen auch für die Buchdrucker wieder bessere Zeiten kommen werden. — Am den Bertramsmännern unsrer Bezirksredakteur ein klares Bild der letzten Maßnahmen des Verbandsvorstandes zu geben, berief Bezirksvorsitzender S o m m e r s t e i n eine B e r t a u e n s a n n e r s u n g zum 4. Oktober nach hier an. In Hand von schriftlichem Material wurden Kassierer und Vorstehender der Orte Hilburgshausen, Meinungen, Sornberg sowie die Bertramsmänner der Druckorte Themar, Schleusingen, Steinach und Laufcha mit den neuen Richtlinien des Unterstützungsweusens unsres Verbandes vertraut gemacht. Wenn auch nicht ganz ohne Bedenken, ließ man sich doch von der unbedingten Notwendigkeit der äußerst einschneidenden Maßnahmen leiten. „Der Reich gehorcht, nicht dem eignen Triebe.“ Die Berichte aus genannten Druckorten wurden zur Sprache gebracht und das Bild der äußerst kritischen Lage unsres Berufs ist daselbe wie im ganzen Reich. Aber trotz aller Not der Zeit läßt sich die Funktionäre von einander von dem einen Willen befeht: Die Einheit des Verbandes über alles!

Köln. Die einschneidenden Maßnahmen des Verbandsvorstandes auf dem Gebiet des gesamten Unterstützungsweusens, wodurch die finanzielle Grundlage unsres Verbandes gestiftet werden soll, waren u. a. Hauptthema einer Bezirksvorsitzendenkonferenz unsres Gaues, über die Vorsitzender J a n e n am 2. Oktober in einer auf besuchten und gut verlaufenen Bezirksversammlung berichtete. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das

Abbleben eines verstorbenen Kollegen geehrt. Gewerbe-Medizinalrat Dr. F e l e t y war durch Vermittlung des DGB. in unsrer Bekanntheit, um durch eine Untersuchung der höheren Hände aller über 40 Jahre alten anwesenden Kollegen festzustellen, inwieweit Genußmehrkraften, hervorgerufen durch Berufseinflüsse, bei uns vorkommen und um eine Einwirkung in das Verzeichnis der Berufsranheiten vornehmen zu können. Kollege J a n e n gab ein getreues Bild der Bezirksvorsitzendenkonferenz, wobei die harten Zahlen, denen sich keiner verschließen kann, eine Sprache für sich reden. Die arbeitslosen Kollegen ließen erklären, daß sie unter den gegebenen Umständen die Kürzung der Unterstützungsfälle im Interesse der Organisation hinnehmen. Kollege J a n e n ergrünte die Kollegen um Mitteilung, wo durch die Prinzipale Schwierigkeiten bei der Verbreitung des „Zungbuchdruckers“ gemacht werden. Es dürfte sicher nicht schwer sein, auf jeden Fall den „Zungbuchdrucker“ in die Hände der Lehrlinge zu bringen. Was von der einen Seite bekämpft wird, muß doch unbedingt in unserm Sinn Gutes und Erzieherisches bringen. Davon zeugt ja der Gedanke der Prinzipale, demnach mit einem eignen Lehrlingsorgan die Lehrlinge in ihrem Sinn „aufzuklären“. Daß selbst mancher kleine Prinzipal auf Kosten der Lehrlinge bei Kurzarbeit und Schulbesuch durch Kürzung des Kostgeldes Geschieße machen will, sei der Vollständigkeit halber zu diesem Punkt erwähnt. Die in letzter Zeit stark gestiegenen Zeitungserlöse, die bekanntlich immer den Anshuldigen wirtschaftlich am schwersten treffen, fanden den einmütigen Protest der Versammlung. Ebenfalls treffend gekennzeichnet wurde der Versuch des Gutenbergs, durch Aufschieben von Zensurbetrieben seine schwache Grundlage zu festigen. Wo Verträge dieser Art aufstünden, ist der Vorstand zu verurteilen. Es ist ferner nicht einmütig, in dieser brodelnden und tosenden Zeit, in der der Arbeiterchaft allerhand aufgebürdet und zugemutet wird, alle davon zu überzeugen, daß jede gewerkschaftsersehende Handlung, die in Verbindung und Unterstützung der DGB. liegen, zu unterlassen sind. Mit aller Deutlichkeit wurde das herausgestellt. Mit einem Hinweis auf die uns noch bevorstehenden schweren Kämpfe, die eine einige und geschlossene Kollegenchaft finden müssen, fand Redner den Dank und die Zustimmung der Versammlung. Die teilweise lebhafteste Aussprache wurde von zwölf Kollegen geäußert. Sie war ein Spiegelbild unsrer Zeit. Zwei Anträge, die, weil sagnungswidrig, nicht zur Abstimmung kommen konnten, atmeten Zeitgeist und Anzudeutenheit. Solange sich der manchmal ohne Zweifel berechtigste Anreiz in verständiger Form Luft macht, wird und darf keiner etwas dagegen haben. Jedoch verlangt es unsrer Selbsthaltungstriebe, allen Tendenzen, die den Auflockerungsbauillus in sich tragen, mit allen Mitteln entgegenzutreten. Es ist dann schon besser, die Kollegen unterhalb unsrer Reichweite zu wissen, die direkt oder indirekt im Zeichen der DGB. oder der Nazipartei ihre Ware an den Mann bringen wollen.

R. Bad Kreuznach. Zu einer kollegialen Morgenfeier hatte unser Ortsverein in den großen Saal der „Rondoria“ eingeladen. Galt es doch, das 50jährige Jubiläum unsres allverehrten Kollegen und langjährigen Vorstehenden Otto G o t t h a r d t und das 25-jährige Jubiläum weiterer zehn Mitglieder zu begehen. Unser Otto Gotthardt, weit über die Grenzen der engeren Heimat bekannt, hat es verdient, daß seinerwegen eine Ehrung in solchem Ausmaß veranstaltet wurde. Vorstehender L o n i J u n g t begrüßte die annähernd 1000 erschienenen. Die wundervolle Aufmachung der Bühne mit den farbigen Lichteffekten, im frischen Grün die Büste Gutenbergs mit der Buchdruckerfarbe drapiert, machte einen überwältigenden Eindruck. Mit der Duvertüre aus „Dichter und Bauer“ von Suppe wurde die Morgenfeier eingeleitet. Als Festredner war Gauvorsteher L o s t a n e r (Köln) erschienen, der zunächst den Werdegang unsres Verbandes und dessen Verdienste um die Erhaltung des gewerblichen Friedens schilderte. Dann betonte er, daß die Kollegen, die heute ihr Jubiläum begehen könnten, seinerzeit schwer zu kämpfen hatten wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verband. Hierauf kam Kollege W i s h n e r auf unser Unterstützungsweusens und die berufliche Lage zu sprechen. Er schilderte die große Not, die unter unsern arbeitslosen Kollegen herrscht und die durch das Solidaritätsgefühl der in Arbeit stehenden Kollegen vor dem Schlimmsten bewahrt werden. Inzwischen hatte der ganze Ortsverein auf der Bühne Aufstellung genommen, die Jubilare in vorderster Reihe mit ihrem Alterspräsidenten in der Mitte. Gauvorsteher W i s h n e r schilderte die Verdienste Gotthardts um die Berufsorganisation im besondern und die Arbeiterfrage im allgemeinen und würdigte ferner die Verdienste des Jubilars in seinen vielen Ehrenämtern, dabei betonte, daß Gotthardt auch als feinergeistiger Beamter die Buchdruckerfrage stets in den Vordergrund stellte. Er wünschte ihm einen zufriedenen Lebensabend. Im Namen des Verbandsvorstandes und des Gaues überreichte der Redner mit innigen Worten passende Geschenke (Briefmappe mit Geldbeilage). Für den Bezirk Koblenz sprach Kollege L e s e r unter Überreichung eines Geschenks und Anerkennung der von Gotthardt leitend geleiteten Arbeit seinen Dank aus. Für die hiesigen freigewerkschaftlichen Organisationen überbrachte Kollege D a n e l m a n n die herzlichsten Glückwünsche. Zweiter Vorstehender M e n g e s überreichte im Auftrag des Ortsvereins einen reichlich gefüllten, mit den Buchdruckerfarben gezeichneten Präsentkorb. Außerdem trafen verschiedene Telegramme und Glückwunschkarten ein. Alle diese Ehrungen hatten Kollegen G o t t h a r d t so tief ergriffen, daß er unter Schlußworten seinen Dank aussprach. Ehrend sei auch erwähnt, daß die Belegungsabteilung ihrem Leiter, dem Verbandsbibliar B a u e r m a n n einen schönen Blumenkorb überreichte und in einem Sprechchor gelobte, uns Allen nachzuempfehlen, um das bisher Errungene hochzuhalten. Zur feierlichen Stimmung trugen der hiesige Arbeitergesangverein mit seinem Frauchor und der Kollegengesangverein „Gutenbergs“ Koblenz mit ihren ergalt vorgetragenen und mit stürmischem Beifall aufgenommenen Chören wesentlich bei. Mit Bestenwünschen „Die Himmel rühmen“ sang die würdevoll verlaufene Morgenfeier aus. Die überaus große Zahl der Gäste bewies, daß die Buchdrucker sich bei der hiesigen Bevölkerung viele Freunde erworben und daß man ihren Bestrebungen Verständnis entgegenbringt.

**Kangensalza.** (Maschinenseher.) Am 4. Oktober fand hier die Herbstversammlung unserer Gewerkschaft statt, die von 190 Kollegen besucht war. Der Einladung war auch Gavourfester Wistlauf (Weimar) gefolgt. Vor Beginn der Versammlung entbot der Volkshor Kangensalza einen melodischen Gruß. Die Versammlung begann mit einem Lichtbildvortrag des Kollegen Strobel (München) über die Intertypen-Schmalzmaschine. Vortragender Wistlauf erstattete Bericht von der Vorstandskonferenz der Maschinenseher in Berlin, woran sich eine ergebnisreiche und zielklare Aussprache angeschlossen, die dahin ging, die Reihen enger zu schließen und in Abwehrstellung zu treten. Hieran schloß sich eine Besichtigung des hiesigen Schwefelbades. Die Wahl des Vorortes der Vereinigung und des Vorstandes ergab durch Zufall die einstimmige Wiederwahl des Vorstandes und des Vorortes. Eine Aussprache über die Kasienmaßnahmen des Verbandsvorstandes ergab die Zustimmung der Versammlung.

**Magdeburg.** (Stereotypen- und Galvanoplastiker.) Am 27. September folgten die Stereotypen des Gaus in der Saale einer Einladung der Firma H. Weigler zur Besichtigung ihrer beiden Werke in Halberstadt und Gerning. Als ganz besonders erfreulich muß hervorgehoben werden, daß die Mitglieder unserer Gewerkschaft fast vollständig erschienen waren. Mit ganz besonderem Interesse und Aufmerksamkeit folgten sämtliche Kollegen den technischen Erläuterungen der Herren, die in dankenswerter Weise die Führung durch die Werke übernommen hatten. — Nach der Besichtigung fanden wir uns in einem Lokal in Halberstadt zusammen, um alles Gesehene zu besprechen. An Hand von umfangreichem Material hielt Kollege Rose einen Vortrag über die Bedeutung einer guten Mater. Herr Bernhardt konnte in seinem ausgezeichneten Vortrag über Metallreinigungspulver in leichtverständlicher Weise einwandfrei nachweisen, daß das von der Halberstädter Maternfabrik in den Handel gebrachte Metallreinigungspulver „Gloria“ als eines der wenigen wirklich brauchbaren Mittel anzusehen ist. Allgemein bedauert wurde, daß keiner von den Halberstädter Stereotypen anwesend war und daß auch noch keiner von ihnen den Weg zur Sparte gefunden hat. — Von Halberstadt aus machten wir eine Autofahrt in den schönen Harz und verlebten auf der Hopptage bei Kaffee und Kuchen noch ein paar frohe Stunden. Gern und oft noch werden alle Teilnehmer an diesen Tag zurückdenken.

**Wannheim.** In unserer außerordentlichen Bezirksversammlung am 3. Oktober erstattete Vortragender Schram eingehenden Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz, die zu den Beschlüssen der Gavourfesterkonferenz Stellung nahm. Wirtschaftlich und politisch befindet sich die deutsche Arbeiterchaft im Abwehrkampf. Wenn leider ein Abbau der Unterstützungslage in Kauf genommen werden mußte, so ist dies noch kein Zeichen der Schwäche, denn wir müßten darauf bedacht sein, daß unser Kasiengebaren gesund bleibt. Kritiker denn je sei es, daß die Organisation fest und geschlossen zusammenbleibt. In der Bezirksvorsteherkonferenz nahmen diesmal alle die Bezirksstärker teil, und als solcher berichtete Kollege Wosli über die finanzielle Seite. Aus seinen Ausführungen ergab sich die Notwendigkeit der Teilnahme, denn über die Auslegungen der Bestimmungen bezüglich der neuen Unterstützungslage herrschten verschiedene Ansichten. Die Diskussion war sehr reger, was der Vorsitzende als erfreulich feststellte. Hierauf folgte ein Bericht über die Ortskrankenkasse, den Kollege Magshmidt gab, der es gleichfalls verstand, die Kollegen zu fesseln, was die nachfolgende Diskussion auch zu diesem Punkt bewies.

**Münster i. W.** Im Mittelpunkt unserer sehr gut besuchten Bezirksversammlung am 4. Oktober stand der Bericht unseres Vortragenden über die Bezirksvorsteherkonferenz in Köln. Anerkannt wurde die Notwendigkeit der Kürzung der Unterstützung durch die starken Anforderungen an die Verbandskasse, so wurde doch die vollständige Streichung der Kurzarbeiterunterstützung als eine außerordentlich hart treffende Maßnahme bezeichnet. Die Schließung des hiesigen SPD-Betriebes, die schon in verschiedenen Versammlungen die Gemüter erregte, bot auch wieder Anlaß zu Erörterungen, die nicht immer auf sonderlich hohem Niveau lagen und verschiedene Diskussionsredner zu Angriffen auf SPD und DGBG verführte. Zur Vereinigung dieser Angelegenheit wurde der Vorstand beauftragt, eine Kommission zur Vorberatung dieser Angelegenheit einzusetzen.

**Münberg-Güßlich.** In unserer Septemberversammlung übertrug der Vorsitzende Grösch den Anwesenden von vier verstorbenen Kollegen. Hierauf wurde Kollege Hans Guldner für 50jährige treue Mitgliedschaft zur Organisation geehrt. In warmen Worten dankte der Vorsitzende dem Zuhörer für seine Treue, überreichte ihm ein Geschenk vom Verbandsvorstand und empfahl den jüngeren Kollegen, ebenso treue Mitglieder zu sein. Der Zuhörer dankte der Versammlung und bot, das Geldgeschenk den Armen der Arbeiterlosen, überweisen zu dürfen; was von der Versammlung überaus freudig angenommen wurde. Ihm sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt. Nach Erledigung einiger wichtiger dringlicher Angelegenheiten, wobei auch beschloßen wurde, das bis jetzt achtjährig erscheinende Mitteilungsblatt nur noch 14-tägig herauszugeben, gab Kollege Brandmüller den Kasienbericht über das zweite Quartal, der uns veranlaßt, überall, wo es nur geht, Einsparungen vorzunehmen. Aus der Organisation ausgeschlossene Mitglieder haben den Weg zu ihr zurückgefunden. Nun gab Kollege Grösch in ausführlicher Weise Bericht von der Ortsvorsteherkonferenz in München und über das dort gefasste Referat von der Gavourfesterkonferenz. Die versammelten Kollegen brachten nach dem Gehörten zum Ausdruck, daß sie trotz schwerer Not hinter dem Verbandsvorstand und den Beschlüssen der Gavourfesterkonferenz stehen, besonders von einem arbeitslosen Kollegen wurde dies unterstreichen und die Maßnahme des Verbandes, wenn sie auch schwer trifft, doch gutgeheißen. Im großen und ganzen zeigte diese Versammlung ein Bild echter Kollegialität und Solidarität. Festgestellt sei noch, daß sie sehr gut besucht war. Kollegen Grösch und Brandmüller forderten am Schluß die Kollegen auf, trotz schwerster Zeit zusammenzukommen wie eine Mauer gegen links und rechts, um aus diesem Kampf zerküßt hervorzugehen.

**Offenbach a. M.** Unsere Bezirksversammlung am 5. Oktober ebte vor Eintritt in die Tagesordnung das Ableben eines verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise, worauf verschiedene Eingänge ihre Erledigung fanden. Zu dem gedruckten vorliegenden Kasienbericht wurden die Einwendungen nicht erhoben, und einstimmig erfolgte Entlastungserteilung. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Unterstützungslagen für Durchreisende einer Änderung unterzogen. In bezug auf das Weichnungsgeheiß für Arbeitslose und Ausgesteuerte am Ort fand eine diesbezügliche Vorstandsbeschluss Annahme. Ein Vortrag des Geschäftsführers der Gewerkschaft hiesiger Gemeindebeamten, Herrn Reif, über „Die Stellung der Arbeiterchaft zur Wirtschaft“ fesselte die Anwesenden sichtlich und fand äußerst beifällige Aufnahme. Ein Bericht über die Gavourfesterkonferenz mit lebhafter Aussprache beschloß die Versammlung.

**Schwerin i. M.** Unsere Versammlung am 20. Oktober eröffnete der Vorsitzende mit der traurigen Mitteilung, daß am Vormittag der im 58. Lebensjahr stehende Faktor der Warenprüfungen Hofbuchdrucker, Kollege Martin Schumacher, plötzlich verstorben sei. Stehend lauschten die Teilnehmer den warmen Worten der Anerkennung und Verehrung, die der Vorsitzende diesem aufrichtigen und treuen Verbandsvollgen widmete. 39 Arbeitslose und periodische Kurzarbeiter kennzeichnete die gewerbliche Situation. In einem Betrieb wurden durch Kürzung der Arbeitszeit auf 42 Stunden für sechs Maschinenseher und 13 Handseher vier Entlassungen vermindert. Zwei Kollegen wurden auf den Sozialdienst übernommen. Als Prüfungsbefehliger bei der Handwerkerkammer wurden drei Kollegen vorgeschlagen. Wegen starker Zahlungsansprüche der Witwensfamilie erfolgte Herabsetzung des Ortsgebots auf 2 M. Ein wohnortlicher Extrabestand von 50 Pf. von allen über dem Handbühnerminimum liegenden Löhnen wird für die konditionslosen Kollegen eine Weichnungsunterstützung ermöglichen. Der Opfermuth wird sich hoffentlich auch in diesem Fall bewähren. Ohne Einwendungen blieb der Bericht der Ortsausführenden. Eine sehr reger Aussprache löste die Kündigung des Lohnabkommens aus, die teilweise weit in das Politische hineinglitt. Einmütig wurde der Wille zum Ausdruck gebracht: Schluß mit dem Lohnabbau! Nur eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung kann dazu beitragen, die gewaltige Zahl der Wirtschaftsoffer herunterzubriden.

**Zeitz (Drucker.)** Am 27. September fand hier eine Wanderversammlung der Druckervereine Zeitz und Geragen statt. Im Mittelpunkt stand der Vortrag des Kollegen Hönnisch (Zeitz) über „Kommen wir zur Einheitsrichtung?“ In anerkennenswerthen Worten schilderte er uns die Zustände, die heute auf dem Gebiet der Druckermethoden herrschen. Fast jeder Drucker, mitunter sogar noch die einzelnen Betriebe, haben eigene Verfahren. Daß das bei der heutigen Arbeitsweise Wechselfahrt un-, und die größten Schwierigkeiten stiftet, ist selbstverständlich. Er belegte seine Ausführungen mit zahlreichen Originalzeichnungen aus den verschiedensten Druckorten. Zweck und Ziel soll sein, durch Vereinigung und Vereinheitlichung der Zurichtung des Buchdruckgewerbes wieder konkurrenzfähiger zu machen gegenüber den anderen Druckverfahren, wie Offset und Tiefdruck, um so dem Buchdruck abgewanderte Arbeiten wieder zurückzuführen. Nach einer ergebnisreichen Aussprache wurde einstimmig beschloßen, unsere Vertreter zu beauftragen, sich auf dem nächsten Druckerstag für Ausarbeitung einer brauchbaren Zurichtungsmethode einzusetzen.

### Allgemeine Rundschau

**Eröffnungssitzung des Wirtschaftsbeirats.** Am Vormittag des 29. Oktober fand im Hause des Reichspräsidenten die erste Sitzung des Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung statt, zu der sich außer den Mitgliedern des Wirtschaftsbeirats der Reichskanzler und der Reichsminister, der Reichsbahnpräsident und der Generaldirektor der Reichsbahn eingeladen hatten. Nach einer Begrüßungsaussprache des Reichspräsidenten legte Reichskanzler Brüning in längerer Ausführungen die Wirtschaftslage und die zur Milderung der Wirtschaftsnöte in Betracht kommenden Maßnahmen dar. Darauf schlossen sich ergänzende Darlegungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbold und des Reichsbahnpräsidenten Dr. Winter über die finanzielle Situation, über die handels- und wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten, die sich aus der Entwicklung ergeben und über die Kredit- und Währungsverhältnisse. Im Laufe des Nachmittags wurde die Generalaussprache unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zu Ende geführt, in der auch Kollege Graßmann als Vertreter der Gewerkschaften zu Worte kam. Es wurde ein Antrag eingelegt, der sich sofort mit dem Stillhalteproblem befassen soll und unter Vorsitz des Reichskanzlers am Sonnabend (31. Oktober) seine Beratungen auf Grund der Vorschläge der Reichsregierung aufnahm. Die übrigen, dem Wirtschaftsbeirat zur Begutachtung vorzulegenden Punkte sollen in zwei weiteren Ausschüssen behandelt werden, die die Reichsregierung im Laufe dieser Woche einberufen wird. Nach Abschluß der Ausschussarbeiten ist eine Schlussaussprache unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten in Aussicht genommen. Das Ergebnis der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats wird entscheidend davon abhängen, in welchem Geiste die Reichsregierung selbst die Verhandlungen beeinflussen wird. Daß jo zahlreiche Mitglieder der „nationalen Opposition“ dem Beirat angehören, die grundsätzlich nur soziale Reaktion will und gegen die Reichsregierung im politischen Abwehrkampf steht, ist nicht gerade verheißungsvoll, sondern kann nur pessimistisch stimmen. Somohl vor der konstituierenden Sitzung des Wirtschaftsbeirats als nachher verammelten sich die Vertreter der drei gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu Sonderkonferenzen, in denen sie die bevorstehenden bedeutamen Arbeiten des Wirtschaftsbeirats besprachen. Es wurde beschloßen, als Vertreter der Arbeiterchaft möglichst einheitlich im Beirat vorzugehen.

**Gescheiterte Verhandlungen im Steindruckgewerbe.** Nach der von Unternehmerseite erfolgten Kündigung des bis 31. Oktober geltenden Lohnabkommens kam es am 26. Oktober zu Lohnverhandlungen, die resultatlos verliefen.

Die Unternehmer erklärten, das Reichsarbeitsministerium zwecks Einleitung von Schlichtungsverhandlungen anrufen zu wollen. Näheres über den Stand der Dinge im Steindruckgewerbe ist bisher nicht bekannt geworden.

**Erfolgreiche Schabenerhaltungen für Zeitungsverbote.** Vom Verlag des nationalsozialistischen „Angriffs“, der im Februar d. J. wegen eines am Tage zuvor erschienenen Artikels vom Berliner Polizeipräsidenten auf die Dauer von 14 Tagen verboten worden war, wurde dieser Tage ein ablegendes Urteil in einer Schabenerhaltungsentscheidung erzielt. Die Beschwerden des Verlags gingen erst am 11. Februar vom Polizeipräsidenten an das preussische Ministerium des Innern und von da aus erst am 20. Februar, also drei Tage nach Ablauf der Verbotsdauer, an das Reichsgericht. Das Reichsgericht hob am 23. Februar das Verbot als unbegründet auf. Darauf verklagte der Verlag den preussischen Fiskus, das preussische Innenministerium und den Berliner Polizeipräsidenten auf Schadenersatz. Das Berliner Landgericht I hat jetzt dieser Klage, die zunächst auf 1000 M. bemessen wurde, stattgegeben und die beklagten Instanzen zur Vergütung der Schadenersatzansprüche an den Verlag verurteilt. In der Begründung heißt es, ein derartig schwerwiegender Eingriff, wie das Verbot einer Zeitung, verpflichtet die staatlichen Organe, sich mit größter Beschleunigung der Behandlung der Beschwerden zu widmen. Das ergebe bereits die Tatsache, daß nach dem jehigen Gesetz Beschwerdebefristungen auf ein Zeitungsverbot innerhalb von fünf Tagen dem Reichsgericht vorlegen müssen, um zu vermeiden, daß eine Beschwerde praktisch hinfällig werde. Wie weiter bekannt wurde, hat auch das Landgericht Dresden am 30. Oktober eine Schabenerhaltungsentscheidung der nationalsozialistischen Tageszeitung „Der Freiheitskampf“ gegen den sächsischen Freistaat für begründet erklärt und den Staat zu 25 000 M. Schadenersatz verurteilt. Im Interesse der technischen Personale, die bisher die eigentlichen Leidtragenden bei Zeitungsverboten waren, sind die beiden Gerichtsurteile zu begrüßen. Auf die politische Einstellung oder den Gehalt von Pressezeugnissen haben die Druckereiarbeiter keinerlei Einfluß. Wo aus staatspolitischen Notwendigkeiten ein Mißbrauch der Pressefreiheit durch die politische Reaktion verhindert werden muß, ist es das einzig richtige, die Schriftleiter oder sonstigen wirklichen Missetäter zur presserechtlichen Verantwortung heranzuziehen.

**Gescheiterte Lohnverhandlungen.** Am 29. Oktober wurden auch Verhandlungen geführt über die Erneuerung des Lohnarfs der Reichspostarbeiter und der Gemeindearbeiter. Sie sind resultatlos geendet. Bei den Verhandlungen für die Postarbeiter hielt der Vertreter des Reichspostministeriums an dem Lohnabbau fest, entgegen der Kannvorkehrung der Notverordnung. Das Ministerium wird nunmehr den Schlichter anrufen. Bei den sehr langwierigen Verhandlungen für die Gemeindearbeiter erklärten die Vertreter der Gemeinden, daß an dem Lohnkonflikt nicht die Gemeinden, sondern das Reich die Schuld trage. Das Reich dränge darauf, daß ein nochmaliger Lohnabbau vorgenommen werde, andernfalls würden den Gemeinden die Mittel zur Ausbalancierung des Haushalts verweigert werden. Allen Warnungen zum Trotz wurden auf diese Weise die Dinge auf die Spitze getrieben. Die Reichsregierung gleicht dem blinden Hühner der altertümlichen Sage, der einen von gewerkschaftsfeindlicher Hand sorgsam zugelegten Pfeil abschießt, ohne sich der unausbleiblichen verderblichen Folgen für Staat und Wirtschaft bewußt zu sein.

**Schiedspruch im Lohnstreit der Reichsarbeiter.** Mit verächtlicher Eifertigkeit wurden vom Reichsarbeitsministerium gleich nach der Entschloßung über die vorläufige Vertagung der Sitzung der Eisenbahnarbeiterlöhne neue Schlichtungsverhandlungen für die Reichsarbeiter zum 29. Oktober anberaumt. Noch am Abend dieses Tages wurde denn auch von dem eingekerkelten Sonderbefehlshaber ein Schiedspruch gefällt, der die Löhne der Reichsarbeiter nochmals um 4½ Proz. senkt.

**Verbindlichklärung des Reichsbahnschiedspruchs.** Der vorläufige Schiedspruch im Lohnstreit der Eisenbahnarbeiter, der — wie in voriger Nummer mitgeteilt — die bisherigen Eisenbahnerlöhne bis nach der Entscheidung über die Reichsarbeiterlöhne in Kraft läßt, ist vom Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse inzwilchen verbindlich erklärt worden. Die Reichsbahnverwaltung hatte den Schiedspruch abgelehnt und sich mit dem Plan getragen, die Löhne von sich aus nach den Sätzen der Notverordnung diktatorisch zu kürzen. Diejenem Bestreben ist durch die Verbindlichklärung vorläufig ein Riegel vorgeschoben. Es handelt sich um eine Art Stillhalteabkommen, und man kann gespannt darauf sein, was weiter werden wird, nachdem nun auch für die Reichsarbeiter ein Schiedspruch gefällt worden ist. Der Reichsarbeitsminister wird jetzt entscheiden müssen, ob durch etwaige Verbindlichklärung des Schiedspruchs für die Reichsarbeiter die neue Lohnabbauwelle ins Rollen kommt oder ob eine Wendung eintritt in der bisherigen Regierungspolitik, die aus dem komplizierten Fragenbereich der Senkung der Bekleidungsstoffen einseitig nur den Lohnanteil herausgreift. Wie nachträglich bekannt wurde, haben die Gewerkschaftsvertreter im Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung mit größter Entschiedenheit gegen den Schiedspruch für die Reichsarbeiter protestiert und nachdrücklich erklärt, daß es nicht angehe, willkürliche Entschloßungen über ein Teilproblem wie den Anteil der Löhne an den Gesetzgebungsstellen zu fällen, während der ganze Fragenkomplex zur Diskussion steht.

**Bekämpfung der Ehrenbrotwürde.** Anlässlich der 25-Jahr-Feier der Handelshochschule Berlin wurde dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Theodor Heipert der Dokortitel ehrenhaft verliehen.

**Deutsch-französische Gewerkschaftsbewegung.** Die Vertreter der deutschen und der französischen Gewerkschaften, die dem deutsch-französischen Wirtschaftsausschuß angehören, also Tarzow, Schweizer und Kronis für Deutschland, Jouhaux und Chevaline für Frankreich, traten am 31. Oktober in Paris zu einer gemeinsamen Besprechung zusammen. Wie „Savas“ berichtet, prüften die Gewerkschaftsvertreter die Lage und die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen der französischen und der deutschen Wirtschaft zwecks Milderung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit. Sie vertreten die Ansicht, daß die deutsche

